

Gleichzeitig waren auch die zentralen Organe zur geistigen Irreführung und Verbetzung der Bevölkerung wie Presse, Rundfunk, Film usw. außer Kraft gesetzt.

Während die sowjetische Besatzungsmacht in Ostdeutschland alles unternahm, damit die antifaschistisch-demokratischen Kräfte gemäß dem Programm der KPD und dem Potsdamer Abkommen an die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gehen konnten, wurde in den westlichen Besatzungszonen genau das Gegenteil getan. Das beweisen die Tatsachen.

Bereits wenige Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation wurde in Ostdeutschland der Befehl Nr. 2 erlassen, der die Zulassung der politischen Parteien und Organisationen beinhaltete. Er bezog sich nicht nur auf die Arbeiterparteien, sondern auch auf andere antifaschistisch-demokratische Parteien, wie LDPD und CDU und auf die Bildung der freien Gewerkschaften.

Die westlichen Besatzungsmächte waren an einer solchen Entwicklung nicht interessiert. Im Gegenteil, sie taten alles, um den antifaschistisch-demokratischen Kräften die Möglichkeit zu nehmen, sich zu betätigen. Die späte Zulassung von Parteien, die nur auf Kreisebene erlaubt wurden, die Behinderung der Arbeit der Gewerkschaften und viele andere Maßnahmen beweisen das.

Demgegenüber aber gab es bereits Ende 1945/Anfang 1946 allein in Bayern über 20 Unternehmerorganisationen, mit denen sich das Monopolkapital frühzeitig wieder Interessenvertretungen schuf, die einer Demokratisierung entgegenarbeiteten und die restaurativen Kräfte der Wirtschaft zusammenfaßten. Es war ganz klar, daß es gerade zwischen diesen Unternehmerorganisationen und den Besatzungsarmeen zu einer engen Zusammenarbeit kam.

Warum die westlichen Besatzungsmächte der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in ihren Besatzungszonen entgegenwirkten, hat Arthur D. Kahn, der als Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung die Besatzungspolitik aus eigener Anschauung kennt, sehr offen zugegeben. Er schrieb in seinem Buch „Offiziere, Kardinäle und Konzerne – Ein Amerikaner über Deutschland“ folgendes:

„Die großen Korporationen und Bankhäuser in Amerika... waren an ihren Investitionen und ihrem Besitz in Deutschland besonders interessiert – zum Beispiel die Trusts General Motors, General Electric, Ford, die Standard Oil of New Jersey, die International Telephone & Telegraph Company usw. Sie würden alles tun, um ihren Besitz zurückzuerhalten, sicherzustellen und zu vergrößern. Außerdem hatten große amerikanische Unter-

nehmungen Finanz- und Handelskontakte sowie Patentverträge mit deutschen Kartellen abgeschlossen, die jetzt, nachdem der Krieg beendet war, wieder wirksam wurden.“

Daher stellten sich viele amerikanische und britische Unternehmer offen gegen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, welche die Fragen der Reparationen, die Zerstörung der Rüstungsindustrie sowie die Begrenzung der Produktion Deutschlands betrafen, und gegen die bereits wirksam gewordenen Beschlüsse der Nürnberger Prozesse.

„Viele der Offiziere unserer Militärregierung, die selbst Unternehmer waren, erstarrten vor Ehrfurcht vor den Magnaten der internationalen Kartelle.“

Das schreibt Kahn. Der Mann ist kein Marxist, aber man kann das als sehr brauchbares Material durchaus respektieren.

Man muß noch hinzufügen, daß bereits zur damaligen Zeit von seiten der imperialistischen Besatzungsmächte der Plan ins Auge gefaßt wurde, Westdeutschland, das heißt den Teil Deutschlands, der von ihnen besetzt war, als Menschenreservoir, Rüstungspotential und Territorium zu nutzen für den Kampf gegen die Sowjetunion und das sich entwickelnde sozialistische Lager.

Natürlich konnten zu dem Zeitpunkt die imperialistischen Mächte noch nicht so offen mit ihren Forderungen und ihren Plänen auftreten. Unter dem Druck der Völker und der Sowjetunion mußten sie auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 wichtige internationale Probleme der Nachkriegsordnung und besonders die Behandlung des gemeinsam besetzten Deutschlands vertraglich niederlegen.

In diesem Vertrag wurde eindeutig festgelegt, was bereits die KPD in ihrem Aufruf vom 11. 6. 1945 als Hauptaufgabe für alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte gestellt hatte: Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und alle Maßnahmen getroffen, die verhindern, daß Deutschland jemals wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Absichten der Westmächte, Deutschland zu spalten, zu zersplittern und die deutsche Friedensbereitschaft aus Konkurrenzgründen zu vernichten oder niederzuhalten und dem deutschen Imperialismus Brücken zu bauen, schalteten an der festen Haltung der Sowjetunion. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, daß die Potsdamer Konferenz beschloß, ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland zu schaffen, in dem das deutsche Volk durch demokratische Bewährung seine volle Unabhängigkeit zurückerhält.